

INFORMATIONSBLETT No. 6

Hellas-Solidaritäts-Komitee Stuttgart



Mai 2017

... denn Solidarität ist ein Akt des Widerstands
... γιατί η αλληλεγγύη είναι πράξη αντίστασης

Bürgermeister von Kalamáta will Solidarklinik vertreiben



Von Hauke Thomas. In Kalamáta (Griechenland) gibt es eine soziale Solidarklinik, die Bedürftige kostenlos medizinisch versorgt. Sie ist selbstverwaltet und versorgt sie in ihren eigenen Arztpraxen fürs erste, und schwierige Fälle werden an ihr Unterstützernetz niedergelassener kommerzieller Ärzte in Kalamáta und Umgebung überwiesen, die diese dann

kostenlos behandeln. Alles geschieht ehrenamtlich, auch das von der Stadt ihr überlassene Gebäude wurde 2012 ausschließlich durch ehrenamtliche Arbeit von Handwerker_innen und Freiwilligen renoviert.

Die Soziale Solidarklinik war die „Antwort“ auf die von Deutschland und der EU in Griechenland durchgesetzte

Sparpolitik. Die griechischen Schulden, die die griechischen Eliten gemacht hatten, sollen seitdem von den Arbeiter_innen, Angestellten und kleinen Unternehmer_innen Griechenlands bezahlt werden, die diese Schulden gar nicht gemacht haben. Die umfangreichen Senkungen der Masseneinkommen führten zu einer starken Schrumpfung der griechischen Wirtschaft und einer riesigen Massenarbeitslosigkeit von 26%. Damit waren plötzlich eine wachsende Zahl von Menschen ohne medizinische Versorgung, weil griechische Arbeitslose, nach einem Jahr Arbeitslosigkeit, nicht mehr krankenversichert sind.

Die Antwort der Solidarklinik darauf war (und ist): „Niemand darf ohne Gesundheitsvorsorge bleiben!“, egal welcher Nationalität er ist oder wie legal der Aufenthaltsstatus ist. Dies im Kontrast zur „Solidarität nur für Griechen!“ der Nazipartei „Goldene Morgenröte“. 2016 nun beschloss das griechische Parlament, dass alle Unversicherten wieder in den staatlichen Krankenhäusern behandelt werden durften, wenn sie eine Sozialversicherungs-

nummer (AMKA) vorweisen konnten. Trotzdem stieg die Zahl der Patienten; die Ursachen:

Zu hohe Selbstbeteiligungen bei Medikamenten.

Niemand darf ohne Gesundheitsvorsorge bleiben

Zu wenige Fachärzte in den staatlichen Krankenhäusern.

Zu hohe Wartezeiten in akuten Fällen wegen

dort fehlendem Personal und fehlenden Medikamenten.

Zu hohe Nachzahlungen bei der Beantragung einer Sozialversicherungsnummer, so dass viele, vor allem Frauen und Kinder keine solche Nummer und damit keine medizinische Versorgung bekommen.

„Die Lage im Gesundheitssystem erinnert an ein bombardiertes Gelände.“ so der griechische Gesundheitsminister.

Trotzdem versucht der Bürgermeister Kalamátas, Panayiótis Níkas von der „Neuen Demokratie“, die Solidarklinik aus ihrem Gebäude zu vertreiben, das er anders verwenden will.

Schon früher hatte sich die unabhän-

gige Solidarklinik, dagegen wehren müssen, unter die Fuchtel des Bürgermeisters zu kommen. Rechtzeitig hatte sie daher Ersatzräume vorgeschlagen, die aber der Bürgermeister alle ablehnte. Was er ihr anbietet, ist ein Raum für eine Arztpraxis mit Vorraum; die Solidarklinik braucht aber 7 Räume: Für eine internistische, eine pädiatrische Praxis, eine Zahnarztpraxis, eine Apotheke, ein Apothekenlager, ein Sekretariat und einen Empfangs- und Warteraum. Seinem Angebot, für Räume ihrer Wahl 6000€ Jahresmiete zu zahlen, traut die Solidarklinik, die nur von Spenden lebt, nicht, – zu oft hatte er Zusagen nicht eingehalten. Sie erklärt: Wir werden niemals aus unseren bisherigen Räumen weichen, bevor wir nicht Räume bekommen, die unseren jetzigen entsprechen.

Die Lage im Gesundheitssystem erinnert an ein bombardiertes Gelände

Daher hat der Vorstand von Attac Region Böblingen ein Protestschreiben einstimmig beschlossen - es kann unterschrieben werden.

Quelle:

Hauke Thomas, Attac Böblingen

Eine besonders widerwärtige Form von Habgier

Übt Innenminister Thomas de Maizière radikale Kritik am Kapitalismus?

Von Heike Harsch und Dieter Harsch. Nach der Festnahme des mutmaßlichen Täters im Zusammenhang mit dem Sprengstoffanschlag auf den Mannschaftsbus von Borussia Dortmund am 11. April 2017 emporföhrte sich Innenminister Thomas de Maizière in seiner Stellungnahme in der Tagesschau über das Tatmotiv: "Dass jemand sich bereichern wollte, indem er die Börsenkurse dadurch beeinflusst, dass er Menschen umbringt, ist eine besonders widerwärtige Form von Habgier und erfüllt voll den Mordparagrafen."

Der Bundesrepublik haben die Finanztransaktionen bei der Vergabe von Krediten an den griechischen Staat seit Beginn der Wirtschaftskrise satte Gewinne beschert. In Griechenland explodierten im gleichen Zeitraum aufgrund der Zinszahlungen an die Kre-

ditgeber die Schulden. Im Zuge der eingeleiteten Sparmaßnahmen versanken weite Teile der Bevölkerung in Armut. Sie können sich eine angemessene Gesundheitsversorgung nicht mehr leisten. Ihr Leben ist bedroht aufgrund von Finanzspekulationen zugunsten der deutschen Staatskasse.

Wegen des Gesundheitsnotstands als Folge der Austeritätspolitik starben in Griechenland seit Ausbruch der Krise 2008 bis zu 50.000 Menschen, wie aus einem Bericht von Solidarity4all hervorgeht.

Ihr Leben ist bedroht aufgrund von Krebspatienten haben schlechte Karten: Viele Krankenhäuser können aus Geldmangel keine Chemotherapien mehr verabreichen.

Die Selbstmordrate auf Grund von Arbeitslosigkeit und finanziellem

Bankrott vervielfältigte sich.

In Entwicklungsländern lösen Finanzspekulationen internationaler Großbanken auf Nahrungsmittel Hungerkatastrophen aus. Werden Bankmanager und Börsenspekulanten als Gefährder deshalb vom Bundeskriminalamt überwacht? Werden neoliberale Konzernlenker observiert? Ist der deutsche Finanzminister vom Mordparagrafen bedroht? Keineswegs. Wolfgang Schäuble fordert unverdrossen und mitleidslos weiteren Sozialabbau zu Lasten der griechischen Bevölkerung.

Mit Einsicht ist nicht zu rechnen. Und Kapitalismus als besonders widerwärtige Form der Habgier übersteigt wohl die Vorstellungskraft des Innenministers.

Quelle:
Heike Harsch und Dieter Harsch

Erfolg von griechischen H&M-Beschäftigten gegen Management

Im März versuchte das Management von H&M seinen Beschäftigten neue Arbeitsverträge vorzusetzen. Danach hätten sie mehr Verpflichtungen gehabt (für das gleiche Gehalt), hätten in andere Filialen (sogar andere Städte) versetzt werden können und hätten auf eigene Kosten an Fortbildungen teilnehmen müssen. Fernbleiben von der Arbeit ohne ausreichende Begründung für nur einen Tag hätte als Kündigung gegolten (und damit den Verlust einer Abfindung des Anspruchs auf Arbeitslosenunterstützung bedeutet).

Viele Beschäftigte weigerten sich, die neuen Verträge zu unterzeichnen. Es gab Medienberichte, Empörung gegen H&M in sozialen Medien, Mahn-

wachen vor H&M-Filialen. Schließlich zog H&M die Verträge zurück mit der Behauptung, die Beschäftigten hätten sie nicht richtig verstanden. Das ist ein Erfolg. Es ist aber zu befürchten, dass H&M mit leicht geänderten Verträgen einen neuen Versuch macht oder neue Beschäftigte mit den neuen Verträgen einstellt. Wachsamkeit bleibt also notwendig.

Quelle:

Zusammengefasst aus einem Bericht der Zeitung „Xekinima“, nach <http://www.socialistworld.net/index.php/international/europe/51-greece/7923-greece-h-m-workers-score-victory-against-management-plans>

Hellas-Solidaritäts-Komitee Stuttgart

Wir stellen die Legitimität der Griechenland-Politik durch öffentliche Aktionen und Präsenz auf Diskussionsveranstaltungen in Frage. Unsere Praxis ist die Unterstützung basisdemokratischer Initiativen. Für eine der Solidaritätskliniken in Thessaloniki (SST) sammeln wir regelmäßig Spenden.

Weitere Artikel finden Sie auf unserer Homepage:

<http://www.hellas-komitee-stuttgart.de>

Kontakt: hellaskomitee@riseup.net

Regelmäßige Treffen: siehe Homepage

NEIN zu den Spardiktaten - Schuldenschnitt! jetzt! - OXI heißt nein!

Komitee:

16. Mai